

2629/J XXI.GP
Eingelangt am: 04.07.2001

DRINGLICHE ANFRAGE

des Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Reformen statt Säuberungen

Die Bundesregierung ist unter Ihrer Führung angetreten, um „Österreich neu zu regieren“. Sie hat diese Drohung wahrgemacht.

Ein Schlüsselsatz der Regierungserklärung lautet: „Wir wollen die Wirtschaft von bürokratischen Fesseln befreien, Proporz und Parteibuchwirtschaft abschaffen und den Menschen mehr Mitentscheidungsrechte geben“. Wie keines seiner Vorgänger hat das Kabinett „Schüssel“ bewiesen, dass die Parteibuchwirtschaft der SPÖ schon nach einem Jahr übertroffen werden kann. ORF, ÖIAG, Sozialversicherung, Kultur, Justiz - überall werden „Widerstandsnester“, wie die Arbeitsplätze politisch Unzuverlässiger im neuen Regierungsdeutsch genannt werden, ausgehoben. Statt auf „Headhunting“, mit dem für Unternehmen die besten Köpfe gesucht werden, setzt das Kabinett „Schüssel“ auf Kopffagd. Parteibuch und Beziehungen sind wieder alles, Qualifikation und Unbestechlichkeit ein zufälliges Nebenprodukt.

Die Regierung hat Reformen versprochen und Säuberungen gebracht. Der Bundeskanzler trägt dafür die Verantwortung.

Weil keine Regierung das Recht hat, erfolgreiche Unternehmen, den öffentlich - rechtlichen Rundfunk und vor allem ein bewährtes System sozialer Sicherheit aus parteilichen Gründen zu schädigen, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

„Reform“ der Sozialversicherung

Vor mehr als einem Jahr wurde das Sozialversicherungs - Änderungsgesetz von Ihrer Regierungsmehrheit so beschlossen, dass eine regierungsnahen Mehrheit im Hauptverband nach den folgenden AK - Wahlen sicher schien. Die Wähler haben anders entschieden und die blau - schwarze Machtübernahme in der Sozialversicherung verhindert. Jetzt soll das AK - Wahlergebnis mit Parlamentsmehrheit korrigiert werden. Das Ziel, so heißt es, sei aber ein ganz anderes: die Senkung des Defizits der Sozialversicherung.

Die folgenden Fragen beziehen sich unmittelbar auf den Zuständigkeitsbereich des Sozial - bzw. Justizministers. Aus Sicht der Fragesteller stehen die Vorgänge rund um die „Reform des Hauptverbandes“ jedoch im eklatanten Widerspruch zur

Regierungserklärung. Angesprochen wird daher der Kompetenztatbestand „Wahrung der Einheitlichkeit der Regierungspolitik“ bzw. „Hinwirken auf das einheitliche Zusammenarbeiten der Bundesministerien in allen politischen Belangen“.

1. In der bisherigen Verbandskonferenz gehörten von den 27 Mitgliedern 16 der SPÖ und 11 der ÖVP an. Mit der Novelle zum ASVG planen Sie, in der neuen 38 - köpfigen Hauptversammlung 22 ÖVP - Mitgliedern nur noch 15 der SPÖ und dafür eines der FPÖ zur Seite zu stellen. Der Verlierer der AK - Wahlen verdoppelt so seine Sitze. Um wieviel wird durch die Verdopplung der Sitze für Ihre Partei das Defizit der Sozialversicherung gesenkt werden ?
2. ÖVP und FPÖ haben erklärt, dass HV - Präsident Hans Sallmutter abgesetzt werden muss, damit er nicht weiter Reformen im Gesundheitssystem blockieren könne. Welche dieser von Sallmutter blockierten Reformen sollen mit der vorliegenden ASVG - Novelle beschlossen werden ?
3. Die wichtigsten Sozialversicherungsträger stehen noch nicht unter der politischen Kontrolle der Regierungsparteien. Sollen die Strukturen dieser Träger dem Vorbild des Hauptverbandes entsprechend ebenfalls „reformiert“ werden ?
4. Sie planen, im Verwaltungsrat das Prinzip der jährlichen Rotation einzuführen. Im Aufsichtsrat welcher Unternehmen hat sich das Rotationsprinzip bewährt ?
5. Die Selbstverwaltung ermöglicht auch bei erfolgreicher Umfärbung des Hauptverbandes noch keine totale Kontrolle von der Regierungsbank aus. Mit Ihrem geplanten Vetorecht für Sozialminister und Finanzminister ermächtigen Sie Regierungsmitglieder zum direkten Eingriff in die Selbstverwaltung. Die Verfassungsjuristen Prof. Funk und Prof. Öhlinger sehen darin Verstöße gegen Verfassung und Rechtsstaatlichkeit. Warum nehmen Sie bei diesem Versuch der politischen Kontrolle einen Verfassungsbruch ihres Sozial - bzw Finanzministers in Kauf?
6. In einem Gutachten für die Wirtschaftskammer ist Univ. Prof. Dr. Bernd Christian Funk zu folgendem Schluß gekommen: „Das rechtliche Verhältnis von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung wird in willkürlicher Weise verzerrt und durch Machtstrukturen ersetzt: dem Verwaltungsrat des Hauptverbandes bleiben Aufgaben und Verantwortung bei gestörter - weil durch Einsprüche aufhebbarer - Kompetenz, die ministerielle Ebene gewinnt Kompetenz und Aufgabe, jedoch - mangels rechtlicher Überprüfbarkeit - ohne entsprechende Verantwortung.“ Warum setzen Sie sich über diese schwerwiegenden Einwände hinweg?
7. Im Gespräch für einen Posten als Hauptverbandsgeschäftsführer ist Wolfgang Huber, früherer Geschäftsführer des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern, in dem auch Staatssekretär Waneck tätig war. Huber war „Leiter der von der Regierung eingesetzten Reformkommission“ und somit führend an der Entwicklung des neuen Konzepts für den Hauptverband beteiligt. Im Wirtschaftsblatt vom 16. Juni 2000 wird Huber als Chefverhandler der Regierung bezeichnet. Kann angesichts der umfassenden Unvereinbarkeitsregelungen im Gesetzesentwurf eine Person, die

Auftragsnehmer der Regierung ist, im Rahmen der Selbstverwaltung eine Funktion einnehmen ?

„Reform“ des ORF

Am 27. Juni stellte die Redakteursversammlung des ORF einstimmig fest: *„Die Redakteure der Zeit im Bild - Sendungen müssen sich wieder einmal gegen politischen Druck wehren. Mit dem Näherrücken der Beschlussfassung des ORF - Gesetzes haben Zahl und Vehemenz der Interventionen der Regierungsparteien stark zugenommen.“* Nach vier Fällen von Interventions - und Einschüchterungsversuchen durch den FPÖ - Klubobmann faßt die Redakteursversammlung unter *„B. Bundeskanzler Schüssel, ÖVP“* die Vorwürfe gegen Sie zusammen: *„Im April und im Mai hat der Bundeskanzler (oder seine Sprecher) ORF - Redakteuren in drei Fällen Manipulation vorgeworfen...“*

8. Um welche Fälle handelt es sich ?
9. Haben die Interventionen mit Ihrem Wissen stattgefunden ?
10. Wenn nein, welche Konsequenzen haben Sie gegenüber diesen „Mitarbeitern“ gezogen?
11. In welchen Fällen hat BM Wilhelm Molterer an Ihrer Stelle interveniert ?
12. Welcher Ihrer Mitarbeiter hat interveniert, weil anlässlich Ihres Besuches beim AMS nicht darüber, sondern zu einer anderen Frage berichtet worden ist ?
13. Am Rande eines Staatsbesuchs haben Sie in aller Öffentlichkeit einem ORF - Reporter im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die „Beistandspflicht“ lautstark „Manipulation“ vorgeworfen. Warum haben Sie diesen Vorwurf erhoben ?
14. Halten Sie den Vorwurf aufrecht?
15. Wenn nein, haben Sie sich für diesen Vorwurf entschuldigt ?
16. Als der ORF am 1. Mai über Ihren Vorschlag zur Erhöhung des Pensionsalters berichtete, löste auch das Interventionen aus. Warum ist in diesem Fall interveniert worden?
17. Über die Interventionen des FPÖ - Klubobmanns berichtet die ORF - Redakteursversammlung:

„A. FPÖ - Klubobmann und ORF - Kurator Westenthaler

*1. Versuchte Einschüchterung und Beeinflussung der Berichterstattung am FPÖ - Konvent
Der FPÖ - Klubobmann attackierte den ZIB - Redakteur in herabwürdigender Weise in Hörweite anderer Journalisten wegen seines Berichtes in der 13 Uhr - ZIB. Es*

fielen folgende Ausdrücke: „Weis sagt Ihnen offenbar, was Sie berichten müssen“, „Sie haben die Veranstaltung nicht verstanden“, „Abfangjäger sind kein Thema“, „so kann die ZIB - Geschichte nicht aussehen“ etc.

2. Versuch die Pressekonferenz „Plakataktion Kindergeld“ in die ZiB 1 zu bringen

Nachdem die ZIB - Sendungsverantwortlichen entschieden hatten, daß die Vorstellung dieser Plakataktion nicht relevant für die ZIB - 1 sei (ein Bericht darüber wurde in der 12 Uhr ZIB gesendet), setzte Westenthaler vom Generalintendanten abwärts eine Woche lang Entscheidungsträger (vergeb ich unter Druck, um einen weiteren Bericht zu erreichen.

3. Bestelltes Interview zum Kindergeld

Der FPÖ - Klubchef verlangte, am Tag nach der Präsentation der SPÖ - Vorschläge zum Kindergeld in einem ZIB 1 - Interview Stellung nehmen zu dürfen. Als er das nicht erreichte, weil die übliche Form eine Kurzmeldung oder eine Sammelreaktion ist, gab er vor, in einer Pressekonferenz Stellung nehmen zu wollen. Die „Einladung“ entpuppte sich als Fax an Generalintendant Weis persönlich, in dem Westenthaler in sein Büro lud. Wie Recherchen ergaben, war kein anderes Medium eingeladen. Der „Einladung“ wurde nicht gefolgt.

4. Versuch, ZiB 2 - Chefredakteur Adrowitzer unter Druck zu setzen

Am Rande der Live - Diskussion über das ORF - Gesetz flüsterte Westenthaler Diskussionsleiter Adrowitzer zu, er besitze dessen Dienstvertrag und werde den später auch noch veröffentlichen.“

Was werden Sie tun, um Journalisten vor derartigen Einschüchterungsversuchen und Belästigungen durch Regierungspolitiker zu schützen ?

18. Wie im alten Kuratorium besteht auch im neuen Stiftungsrat die Möglichkeit, dass Vertrauensleute von ÖVP und FPÖ in geheimen Abstimmungen in Einzelfällen das Interesse des Unternehmens über das der Parteien stellen. Warum sollen geheime Abstimmungen im neuen ORF-Gesetz verboten werden?
19. Das Gesetz sieht einen „unabhängigen Bundeskommunikationssenat“ vor. In der alten HSV konnten Richter mit Mehrheit beschließen. Im neuen Fünfer - Gremium brauchen sie für die notwendige Zwei Drittel - Mehrheit immer einen Vertreter der Bundesregierung. Bei der Ausschreibung hat sich in der gesetzlichen Frist ein einziger Richter beworben. Da er nicht als regierungstreu gilt, wurde seine Bewerbung ignoriert. Nach dem Gesetz hätte nun eine neue Ausschreibung erfolgen müssen. Gestern haben Sie nun ohne neue Ausschreibung fünf Richter und Regierungsvertreter nominiert. Warum haben Sie diese Vorgangsweise, die bereits öffentlich als gesetzwidrig kritisiert worden ist, gewählt?

„Reform“ der ÖIAG und ihrer Tochterfirmen

In ihrem ersten Jahr hat die Bundesregierung auch in der ÖIAG gezeigt, dass ihr neue Parteibücher und alte Freundschaften wichtiger als neue Konzepte und Strategien sind. Von der ÖIAG bis zu Telekom und AUA ist kaum ein Versuch, politische Vertrauensleute zu installieren, ausgelassen worden. Wirtschaftlicher Schaden ist dabei bewußt in Kauf genommen worden.

20. Am 22. Juni 2001 forderte Finanzminister Grasser ÖIAG - Vorstandssprecher Ditz auf, Personalentscheidungen in der AUA „durchzuziehen“. Der Finanzminister versuchte damit, die FPÖ - Forderung nach Ablösung des noch im alten Proporzsystem bestellten AUA - Vorstands durchzudrücken. In Ihrer Regierungserklärung haben Sie noch angekündigt, die ÖIAG müsse „professionell und politikfern“ agieren. Steht die Einmischung des Finanzministers in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats einer Firma, an der die ÖIAG Beteiligungen hält, im Einklang mit Ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung?
21. Für den Fall, dass Ditz die Ablöse des AUA - Vorstands nicht schaffte, drohte ihm Grasser mit seiner eigenen Ablöse“2. Ist Ihnen eine Bestimmung des ÖIAG - Gesetzes bekannt, wonach dem Finanzminister ein direktes Eingreifen in die Tätigkeit des Vorstands zusteht?
22. Steht diese Drohung mit Ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung in Einklang?
23. Werden Sie in Zukunft dafür sorgen, dass sich der Finanzminister an das ÖIAG - Gesetz und die Ankündigungen in Regierungserklärung und Koalitionsübereinkommen hält?

Zusammenfassung und Würdigung

24. Warum war der alte Proporz, der von Viktor Klima und Ihnen repräsentiert wurde, schlechter als der neue ?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung dieser Anfrage unter Verweis auf § 93(1) GOG verlangt.